

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Literaturverzeichnis	XIV
Vorwort	1
<i>Teil 1 Die Periode des absoluten Koalitionsverbots</i>	3
<i>Kapitel 1 Das Ancien Régime</i>	3
§ 1 Die Entstehung der Gesellenbünde als Folge der Entartung des Zunftwesens	4
§ 2 Die Gesellenbünde als Vorläufer der modernen Arbeitnehmer- koalitionen und ihre rechtliche Beurteilung	7
I. Die gesetzlichen Koalitionsverbote	8
II. Die Gründe für die Unterdrückung der Koalitionsfreiheit ..	10
III. Die Kritik der Physiokraten und das Edikt vom Februar 1776	13
<i>Kapitel 2 Die Lage der Koalitionen nach der Revolution von 1789 (1. Republik)</i>	14
§ 1 Der Streit um die Auslegung des Dekrets d'Allarde vom 2. bis 17. Juni 1791 in bezug auf die Koalitionsfreiheit	15
§ 2 Das Gesetz Le Chapelier vom 14. bis 17. Juni 1791	19
I. Das Verbot, Koalitionen und vorübergehende Berufszusam- menschlüsse zu bilden	21
II. Die Gründe für das Koalitionsverbot und ihre Kritik	22
III. Die Bedeutung des Gesetzes Le Chapelier für die Entwick- lung des Koalitionsrechts	26
<i>Kapitel 3 Die Koalitionen während des Konsulats und des 1. Kaiserreichs</i>	27
§ 1 Die Artikel 6 ff. des Gesetzes vom 22. Germinal des Jahres XI und die Artikel 414 ff. des Code pénal	28
§ 2 Die Artikel 291 ff. des Code pénal	30
§ 3 Die Rechtswirklichkeit	32
<i>Kapitel 4 Die Restauration und Juli-Monarchie — Das Gesetz vom 10. bis 11. April 1834 —</i>	34
<i>Teil 2 Die Anfänge der gesetzlichen Anerkennung der Koalitionen</i>	37
<i>Kapitel 1 Die 2. Republik</i>	37
§ 1 Das Dekret vom 25.—29. Februar 1848 über die Koalitionsfreiheit	38
§ 2 Das Gesetz vom 27. November 1849	39
§ 3 Die erneute Unterdrückung der Koalitionsfreiheit	42
§ 4 Die Bedeutung der zeitweisen Anerkennung der Koalitionsfrei- heit für die Rechtsentwicklung	43

	Seite
<i>Kapitel 2</i> Das 2. Kaiserreich	44
§ 1 Das Gesetz vom 25. Mai 1864	45
I. Die neuen Artikel 414 ff. des Code pénal	47
II. Die Unanwendbarkeit des Gesetzes von 1864 auf die Koalitionen	49
§ 2 Die Bedeutung des Gesetzes vom 25. Mai 1864 für die Rechtsentwicklung	50
 <i>Teil 3 Die endgültige gesetzliche Anerkennung der Koalitionen während der 3. Republik</i>	 53
<i>Kapitel 1</i> Das Gesetz vom 21. März 1884	54
§ 1 Die Anerkennung des Prinzips der Koalitionsfreiheit	54
I. Die Aufhebung und Unanwendbarkeit der alten koalitionsfeindlichen Gesetze	54
II. Der kollektive Aspekt der Koalitionsfreiheit	56
1. Die Unabhängigkeit der Koalitionen vom Staat	57
a) Die Gründungsfreiheit der Koalitionen	57
b) Die Freiheit der Koalitionen bei der Gestaltung der inneren Organisation	59
c) Der Schutz vor willkürlicher Auflösung der Koalitionen durch den Staat	59
2. Das Verhältnis der Koalitionen zueinander	60
a) Gewerkschaft und Arbeitereerverband	60
b) Die konkurrierenden Koalitionen	61
III. Der individuelle Aspekt der Koalitionsfreiheit	62
1. Die positive Koalitionsfreiheit	62
2. Die negative Koalitionsfreiheit	63
3. Der Schutz der negativen Koalitionsfreiheit in Artikel 7	63
§ 2 Die Konkretisierung des Prinzips der Koalitionsfreiheit	67
I. Die gesetzlichen Anforderungen an die Koalitionsmitglieder (Koalitionsgründer) und ihre Folgen	67
1. Die Koalitionsunfähigkeit der aus dem Beruf ausgeschiedenen Personen	69
2. Die Zulässigkeit gegnerunreiner und gegnerabhängiger Koalitionen	70
3. Der rechtliche Status der Koalitierten	72
4. Die Koalitionsfähigkeit juristischer Personen	73
II. Der Koalitionszweck	75
1. Der Spezialitätsgrundsatz („principe de spécialité“)	75
2. Der Streit, ob aus dem Koalitionszweck die Koalitionsunfähigkeit bestimmter (freier) Berufe folgt	77
3. Die Koalitionen als Mitgliederverbände	80
§ 3 Die Rechtsnatur der Koalitionen und die sich hieraus ergebenden Befugnisse	81
I. Die Koalitionen als juristische Personen des Privatrechts ..	82
II. Die Rechte der Koalitionen	85
1. Die den Koalitionen als juristische Personen zustehenden Rechte	85
2. Die sonstigen Befugnisse der Koalitionen	88
III. Definitionsversuch des Koalitionsbegriffs	89

	Seite
§ 4 Die Unionen und ihre Rechtsstellung	90
I. Die Unionsfreiheit der Koalitionen	91
II. Die Rechtsstellung der Unionen	91
§ 5 Ergebnisse und Kritik des Gesetzes von 1884	92
<i>Kapitel 2</i> Die Gesetzesvorschläge zur Sicherung der Koalitionsfreiheit ..	96
<i>Kapitel 3</i> Das Gesetz vom 12. März 1920	99
§ 1 Die Ausdehnung des Prinzips der Koalitionsfreiheit	99
I. Die Anerkennung der (bisher strittigen) Koalitionsfähigkeit bestimmter Personengruppen	99
II. Die Bedeutung des Vereinsgesetzes vom 1. Juli 1901 für die Koalitionsfreiheit	101
§ 2 Die erweiterten Rechte der Koalitionen	105
§ 3 Die Zulässigkeit der Koalitionsklage und ihre Folgen	107
I. Das kollektive Berufsinteresse: die Überwindung des Individualismus	108
II. Die partielle Anerkennung der Koalitionen als Berufsorgane bei der Koalitionsklage	110
1. Voraussetzung und Umfang der erweiterten Vertretungsbefugnis	112
2. Die Problematik der gesetzgeberischen Entscheidung ...	113
§ 4 Ergebnisse und Kritik des Gesetzes von 1920	115
<i>Kapitel 4</i> Der Schutz der Koalitionsfreiheit durch die Rechtsprechung ..	117
§ 1 Der Schutz der positiven Koalitionsfreiheit	117
I. Die Beurteilung der Einstellungsablehnung organisierter Arbeitnehmer	118
1. Die Ansicht des Tribunal civil Bordeaux und der Cour de cassation (1905)	118
2. Die umstrittenen Entscheidungen des Tribunal de commerce Epernay und des Tribunal civil Lille (1906)	121
3. Das Grundsatzurteil der Zivilkammer der Cour de cassation (1915)	123
II. Die Bewertung der „clauses antisyndicales“	124
III. Kritik und Zwischenergebnis der Rechtsprechung zum Schutz der positiven Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer im Stadium der Einstellung	126
IV. Die Beurteilung der Kündigung wegen Gewerkschaftszugehörigkeit oder Verbandstätigkeit	129
V. Kritik und Zwischenergebnis der Rechtsprechung zum Schutz der positiven Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer während der Beschäftigung	133
§ 2 Der Schutz der negativen Koalitionsfreiheit	135
I. Die Beurteilung der Beeinträchtigung der negativen Koalitionsfreiheit durch die „mise à l'index“	135
1. Die Ansicht des Tribunal civil Bourgoin und der Cour d'appel Grenoble (1890)	136
2. Die Grundsatzentscheidung der Cour de cassation (1892) ..	138
3. Kritik und Zwischenergebnis	139
II. Die Beurteilung der Beeinträchtigung der negativen Koalitionsfreiheit durch tarifvertragliche Gewerkschaftssicherheitsklauseln („clauses de sécurité syndicale“)	144

	Seite
1. Die Grundsatzentscheidung der Cour de cassation (1916)	144
2. Die umstrittenen Entscheidungen der Cour d'appel Lyon und der Cour de cassation von 1938	147
3. Kritik und Zwischenergebnis	149
§ 3 Endergebnis der Rechtsprechung zum Schutz der Koalitionsfreiheit	152
<i>Teil 4 Die Krise des französischen Koalitionsrechts unter der Vichy-Regierung</i>	153
<i>Kapitel 1 Die Arbeitscharta vom 4. Oktober 1941 (Charte du travail)</i>	153
§ 1 Die Ideologie der Arbeitscharta	154
§ 2 Die Konsequenzen der Charta-Ideologie	155
I. Die Aufhebung des Grundsatzes der Koalitionsfreiheit	155
1. Die Unterdrückung der individuellen Koalitionsfreiheit	156
2. Die Abhängigkeit der Koalitionen vom Staat und den Sozialausschüssen	157
a) Die Unfreiheit der Koalitionen im Gründungsstadium	157
b) Die Unfreiheit der Koalitionen bei der Gestaltung der inneren Organisation	158
c) Die Überwachung der Koalitionstätigkeit	159
d) Die Möglichkeit willkürlicher Koalitionsauflösungen	160
3. Die Unterdrückung der Unionsfreiheit der Koalitionen	161
II. Die Einschränkung der Rechte der Koalitionen	161
III. Die Koalitionen als Hilfsorgane der Sozialausschüsse	164
§ 3 Die Auswirkungen der Arbeitscharta auf die Entwicklung des französischen Koalitionsrechts	164
<i>Kapitel 2 Das Scheitern der Arbeitscharta und ihre Aufhebung</i>	166
<i>Teil 5 Die Entwicklung des französischen Rechts der Koalitionen während der 4. und 5. Republik</i>	168
<i>Kapitel 1 Die Anerkennung des Prinzips der Koalitionsfreiheit durch die Verfassung und sein zusätzlicher Schutz durch einfaches Gesetz</i>	168
§ 1 Die Präambel der Verfassung vom 27. Oktober 1946	169
I. Der Inhalt der Präambel	169
1. Die Erfassung des individuellen Aspekts der Koalitionsfreiheit	169
2. Die teilweise Erfassung des kollektiven Aspekts der Koalitionsfreiheit	171
3. Die Anerkennung der Koalitionstätigkeit	173
II. Der Rechtscharakter der in der Präambel enthaltenen Aussagen zum Koalitionsrecht	173
1. Der Streit über den Verfassungsrang der Präambel	174
2. Stellungnahme und Ergebnis	176
III. Die Bedeutung der verfassungsrechtlichen Garantie der Koalitionsfreiheit	180
§ 2 Der Schutz der Koalitionsfreiheit durch das Gesetz vom 27. April 1956 (Art. 1 a, 20 a, 55 Buch III CT)	182
I. Der Schutz der positiven Koalitionsfreiheit	183
1. Die neue Beurteilung der Einstellungsablehnung organisierter Arbeitnehmer und der „clauses antisyndicales“	183

2. Der Schutz der Organisierten während der Beschäftigung durch die Gleichbehandlungspflicht des Arbeitgebers	185
3. Die Anwendung des Artikels 1 a Absatz 1 Buch III CT durch die Rechtsprechung	186
4. Die Verantwortlichkeit des Arbeitgebers bei Verletzung der positiven Koalitionsfreiheit	188
5. Kritik des Schutzes der positiven Koalitionsfreiheit	189
a) Die Unzulänglichkeit und Unhaltbarkeit der Schadensersatzregelung in Artikel 1 a Absatz 4 Buch III CT	190
b) Die Beweisnot der Organisierten und ihre Linderung durch die neuere Rechtsprechung	191
II. Der Schutz der negativen Koalitionsfreiheit	193
1. Die neue Beurteilung der Gewerkschaftssicherheitsklauseln („clauses de sécurité syndicales“)	194
2. Kritik des Schutzes der negativen Koalitionsfreiheit	196
III. Der Schutz des kollektiven Aspekts der Koalitionsfreiheit in Form des Pluralitäts- und Gleichheitsgrundsatzes	197
1. Das an den Arbeitgeber gerichtete Verbot der Anwendung von „Druckmitteln zugunsten einer Gewerkschaft“	198
a) Der Begriff des Druckmittels („moyen de pression“)	198
b) Die Anwendung des Druckmittels „zugunsten“ einer Gewerkschaft	200
2. Das Verbot der „Syndicats-maison“	201
3. Die Frage der Gegnerunabhängigkeit der Gewerkschaften	201
4. Ergebnis	203
§ 3 Der Beitrag der Präambel der Verfassung von 1946 und des Gesetzes von 1956 zur Rechtsentwicklung	203

Kapitel 2 Das neue Verhältnis von Staat und Koalitionen und seine Auswirkungen auf das Koalitionsrecht 204

§ 1 Die Beteiligung der Koalitionen an der Ausübung staatlicher Funktionen im Wirtschafts- und Sozialbereich	205
I. Die Mitwirkung der Koalitionen bei der Rechtsetzung	206
1. Die Koalitionen als Ratgeber bei der Bestimmung der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik	206
2. Die Mitwirkung der Koalitionen bei der Regelung einzelner Wirtschafts- und Sozialprobleme	208
3. Die Koalitionen als Gesetzesinitiatoren	210
4. Die Koalitionen als „zweiter Gesetzgeber“ („législateur secondaire“) des Berufs	211
II. Die Übertragung von Aufgaben der Exekutiven auf die Koalitionen	212
1. Der Schutz des Arbeitsrechts durch die Koalitionen	212
2. Die Überwachung der Berufsausbildung durch die Koalitionen	213
3. Die Beteiligung der Koalitionen an der Verwaltung öffentlich-rechtlicher Versorgungsbetriebe („services publics“)	213
III. Die Teilnahme der Koalitionen an der Rechtsprechung	215
1. Die Arbeitsgerichte („Conseils de prud'hommes“)	215
2. Die Sondergerichte für Sozialversicherungsstreitigkeiten („Commissions du contentieux de la sécurité sociale“) . .	215

	Seite
§ 2 Die repräsentativsten Koalitionen („Syndicats les plus représentatifs“)	216
I. Begriff und Wesen der repräsentativsten Koalitionen	217
1. Die gesetzlichen Kriterien der repräsentativsten Koalitionen	217
2. Die außergesetzlichen Kriterien der Repräsentativität	221
3. Der Streit über die Organisationsform der repräsentativsten Koalitionen	223
4. Der Pluralismus der repräsentativsten Koalitionen	226
II. Die schwierige Feststellung der Repräsentativität einer Koalition	227
1. Das Prinzip der Koalitionsfreiheit und das Recht der Verwaltung und der Gerichte auf Einsichtnahme in die Mitgliedslisten der Koalitionen	227
2. Die Relativität des Begriffs „repräsentativste Koalition“	228
III. Die Nominierung der repräsentativsten Koalitionen	229
IV. Die Vorrechte der repräsentativsten Koalitionen	230
§ 3 Die Auswirkungen der Partizipation auf das Koalitionsrecht	231
I. Die Anerkennung der Koalitionen als Berufsorgane und ihre Folgen	231
1. Die Einschränkung der negativen Koalitionsfreiheit	232
2. Die Fragwürdigkeit des umfangreichen Schutzes der negativen Koalitionsfreiheit	233
a) Die Zulässigkeit der indirekten „mise à l'index“	233
b) Gründe für eine Lockerung des absoluten Verbots der Gewerkschaftssicherheitsklauseln	234
II. Die Ungleichheit der Koalitionen und ihre Folgen	235
1. Die Beeinträchtigung des individuellen und kollektiven Aspekts der Koalitionsfreiheit	236
2. Das (begrenzte) Vertretungsmonopol der repräsentativsten Koalitionen	236
III. Der halb-öffentliche („semi-public“) Charakter der Koalitionen	238
— Die Gefahr der Abhängigkeit der Koalitionen vom Staat	238
IV. Die Durchbrechung des Spezialitätsprinzips	241
V. Ergebnis und neue Definitionsvorschläge zum Koalitionsbegriff	244
<i>Kapitel 3</i> Das Gesetz vom 27. Dezember 1968 über die Rechte der Gewerkschaften im Unternehmen (Betrieb)	245
§ 1 Die Stellung der Gewerkschaften im Unternehmen (Betrieb) vor dem Gesetz vom 27. Dezember 1968	248
I. Die Abhängigkeit der Belegschaftsvertreter von den Gewerkschaften	249
II. Die Möglichkeit einer Regelung der gewerkschaftlichen Betätigung im Unternehmen (Betrieb) durch Tarifvertrag	250
§ 2 Die Rechte der Gewerkschaften im Unternehmen (Betrieb) nach dem Gesetz vom 27. Dezember 1968	252
I. Die Anwendungsvoraussetzungen des Gesetzes	253
— Das Koalitionsrecht in den kleinen Unternehmen; die Stellung der nichtrepräsentativsten Gewerkschaften	254
II. Die Gewerkschaftssektionen	256
1. Unternehmens- oder Betriebssektionen?	257

2. Die Aufgabe der Gewerkschaftssektionen	258
3. Die Rechte der Sektionen	259
a) Das Eintreiben der Mitgliedsbeiträge	259
b) Die Verwirklichung des Grundsatzes der Informationsfreiheit im Unternehmen (Betrieb)	260
aa) Das Anbringen von Anschlagtafeln	260
bb) Der Inhalt gewerkschaftlicher Mitteilungen	262
cc) Das Zensurverbot des Arbeitgebers	263
dd) Das Verteilen von gewerkschaftlichen Druckerzeugnissen	263
c) Das Versammlungsrecht	264
d) Der Anspruch auf einen eingerichteten Versammlungsraum	264
III. Die Gewerkschaftsdelegierten („délégués syndicaux“)	265
1. Ernennung und Zahl der Delegierten	266
2. Die Aufgaben der Gewerkschaftsdelegierten	268
3. Die Rechtsstellung der Gewerkschaftsdelegierten	270
a) Der Anspruch der Delegierten auf Freistellung von der Arbeit für die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Zeit	270
b) Der Kündigungsschutz der Gewerkschaftsdelegierten	273
c) Die Hinfälligkeit des Kündigungsschutzes der Gewerkschaftsdelegierten bei einer analogen Anwendung der Rechtsprechung der Sozialkammer der Cour de cassation zum Schutz der Personaldelegierten	274
d) Der Beitrag der Strafkammer der Cour de cassation zum Schutz der Delegierten	277
IV. Der strafrechtliche Schutz des Koalitionsrechts im Unternehmen (Betrieb)	279
§ 3 Der Entwicklungsstand des französischen Rechts der Koalitionen nach dem Gesetz vom 27. Dezember 1968	280
I. Die positiven Aspekte des Gesetzes von 1968	281
1. Von der Koalitionsfreiheit zum Koalitionsrecht	281
2. Die Belebung der betrieblichen Vertragspolitik	282
3. Voraussichtliches finanzielles und zahlenmäßiges Erstarcken der Gewerkschaften	283
II. Die negativen Aspekte des Gesetzes von 1968	284
1. Der Widerspruch zur Verfassung	284
2. Der unzureichende Schutz der Gewerkschaftsmitglieder und seine möglichen Folgen	285
3. Die nicht gerechtfertigte Ungleichheit der Koalitionen im Unternehmen (Betrieb)	286
a) Die erneute Beeinträchtigung des individuellen und kollektiven Aspekts der Koalitionsfreiheit	287
b) Das Monopol der großen Arbeitnehmerzentralen im Unternehmen (Betrieb)	289
<i>Schluß: Ausblick</i>	292
<i>Anhang: Text der wichtigsten Koalitionsgesetze</i>	295